Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4595**

17. Wahlperiode 27. 01. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Agnes Krumwiede, Ekin Deligöz, Katja Dörner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/3066 –

Kulturelle Bildung von Bundesseite nachhaltig fördern – Auflegung eines Förderprogramms „Jugendkultur Jetzt“

A. Problem

Die Kulturstiftung des Bundes (KSB) soll ein Förderprogramm „Jugendkultur Jetzt“ auflegen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich dafür ein, dass ein solches Förderprogramm aus vier Elementen besteht. Zum einen sollen Jugendprojekte mit kultureller Ausrichtung gefördert werden, die die aktive Beteiligung und die Aneignung künstlerischer Ausdrucksformen in den Mittelpunkt rücken. Jugendliche mit Migrationshintergrund und/oder Kinder aus Familien mit kleinen Einkommen sollen daran mit einem hohen Anteil beteiligt sein. Zum anderen soll die Zusammenarbeit von Künstlerinnen und Künstlern mit Schulen gefördert werden. Ein weiteres Element des auf fünf Jahre angelegten Programms soll ein jährlich stattfindender Jugendkulturkongress sein, um die innerhalb des Programms geförderten Projekte auswerten und präsentieren zu können. Den vierten Baustein bilden Evaluierung und Forschung, damit die Wirkungsweise der kulturell ausgerichteten Kinder- und Jugendarbeit begleitet und analysiert werden kann, wie es die Fraktion in ihrem Antrag formuliert.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/3066 abzulehnen.

Berlin, den 24. Januar 2011

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Monika Grütters Vorsitzende	**Thomas Strobl (Heilbronn)** Berichterstatter	**Ulla Schmidt (Aachen)** Berichterstatterin	**Reiner Deutschmann** Berichterstatter
	Dr. Lukrezia Jochimsen Berichterstatterin	**Agnes Krumwiede** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Thomas Strobl (Heilbronn), Ulla Schmidt (Aachen), Reiner Deutschmann, Dr. Lukrezia Jochimsen und Agnes Krumwiede

Allgemeiner Teil

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/3066** ist in der 74. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. November 2010 an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung überwiesen worden sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die KSB soll ein Förderprogramm „Jugendkultur Jetzt“ auflegen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich dafür ein, dass ein solches Programm aus vier Elementen besteht. Zum einen sollen Jugendprojekte mit kultureller Ausrichtung gefördert werden, die die aktive Beteiligung und die Aneignung künstlerischer Ausdrucksformen in den Mittelpunkt rücken. Jugendliche mit Migrationshintergrund und/oder Kinder aus Familien mit kleinen Einkommen sollen daran mit einem hohen Anteil beteiligt sein. Zum anderen soll die Zusammenarbeit von Künstlerinnen und Künstlern mit Schulen gefördert werden. Ein weiteres Element des auf fünf Jahre anzulegenden Programms soll jährlich ein Jugendkulturkongress sein. Dort soll es möglich sein, die innerhalb des Programms geförderten Projekte auszuwerten und zu präsentieren. Den vierten Baustein bilden Evaluierung und Forschung, damit die Wirkungsweise der kulturell ausgerichteten Kinder- und Jugendarbeit begleitet und analysiert werden kann, wie es die Fraktion in ihrem Antrag formuliert.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** und der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** haben in ihren Sitzungen am 19. Januar 2011 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 17/3066 in seiner Sitzung am 19. Januar 2011 beraten und Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begründete ihre Haltung mit einem Verweis auf die Arbeit der KSB, deren finanzielle Ausstattung der Deutsche Bundestag bewusst gestärkt habe. Von der KSB würden bereits eine Reihe von Projekten speziell für junge Menschen gefördert. So gebe es den Fonds Tanzpartner oder das Programm „Jedem Kind ein Instrument“. Davon profitierten Grundschülerinnen und Grundschüler im Ruhrgebiet, die kostenlos ein Instrument ausleihen könnten und Unterricht erhielten. Dieses Programm sei sehr erfolgreich. Auch das Modellprojekt AGENTEN sei gezielt auf junge Menschen ausgerichtet. Solche und ähnliche Projekte der KSB sollten verstetigt werden, betonte die Fraktion der CDU/CSU. Was sich als gut und erfolgreich erwiesen habe, solle fortgeführt und ausgebaut werden.

Hinzu komme, dass der Bund beim Thema Kultur nur sehr eingeschränkte Kompetenzen habe. An erster Stelle seien Länder und Kommunen gefragt. Deshalb trete die Fraktion der CDU/CSU für den Subsidiaritätsgedanken ein und bevorzuge, den Kommunen mehr finanzielle Spielräume zu eröffnen, um selbst die Jugendkultur fördern zu können. Vor diesem Hintergrund empfehle die Fraktion, den vorgelegten Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** hielt größere finanzielle Spielräume für die Kommunen zwar ebenfalls für wünschenswert, wandte jedoch ein, dass sich in der Praxis ein anderes Bild ergebe. So brauchten die Kommunen mehr Geld, um mehr für die Bildung von Kindern und Jugendlichen tun zu können. Auch zusätzliche KSB-Mittel kämen leider nicht der Jugendkultur zugute. Deshalb stelle sich die grundsätzliche Frage, was zu tun sei, wenn Bildung – wie dies proklamiert werde – in Deutschland an die erste Stelle rücke. Dass 70 000 Jugendliche ohne Abschluss die Schule verließen, werde sich das Land künftig nicht mehr leisten können. Mit reiner Wissensvermittlung werde das Ziel, Kultur als Ausdrucksform des Menschen allen Kindern und Jugendlichen zugänglich zu machen, nicht erreicht. Stattdessen würden viele verschiedene Angebote gebraucht. Hier lohne es sich, zu investieren.

Deshalb unterstütze die Fraktion der SPD die Intention des Antrags, wobei zwei Punkte zu beachten seien. Erstens sei wünschenswert, dass die Kulturpolitikerinnen und -politiker gemeinsam dafür einträten, zusätzliche KSB-Mittel für die Jugendkultur zu reservieren. Und zweitens sollte ein Programm „Jugendkultur Jetzt“ mit dem Programm AGENTEN verknüpft werden. Denn Aufgabe der Agenten werde es sein, vor Ort nach Wegen für Kooperationen der Akteure in der Jugendkultur zu suchen und sich dabei nicht auf die etablierten kulturellen Einrichtungen zu beschränken. Wer den Bildungsauftrag ernst nehme, komme nicht umhin, die gesamtstaatliche Aufgabe anzuerkennen.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, im Ziel, die Jugendkultur zu fördern, gebe es keinen Dissens. Zu streiten bleibe aber über den richtigen Weg. Bildung für Kinder und Jugendliche sei als wichtiges Thema anerkannt. Das spiegele sich nicht zuletzt darin, dass der Deutsche Bundestag Mittel für die kulturelle Bildung zur Verfügung gestellt habe. Wer nachlese, wofür der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien die Mittel eingesetzt habe, stelle fest, dass beispielsweise Qualifizierung, Beratung und Netzwerkbildung von Experten und Multiplikatoren gefördert würden

und damit Forderungen, die die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in ihrem Antrag erhebe, bereits erfüllt seien.

Im Übrigen könne es sich der Bund gar nicht leisten, die kulturelle Bildung flächendeckend zu übernehmen. Punktuelle Projektförderung sei möglich und werde von der KSB bereits betrieben. Deshalb gelte es, darauf einzuwirken, dass deren Förderung besonders Kindern und Jugendlichen zugutekomme. Die Praxis zeige, dass die Kommunen gute Projektbeispiele durchaus aufgriffen und etablierten. Gegen punktuelle Unterstützung lokaler Projekte durch die KSB sei deshalb nichts einzuwenden, für eine flächendeckende Förderung der Jugendkultur sei der Bund jedoch nicht zuständig, begründete die Fraktion ihre ablehnende Haltung.

Die **Fraktion DIE LINKE.** riet, sich bei der Bewertung des Antrags auf den Wortlaut zu beziehen und weitergehende Interpretationen zu vermeiden. In dem Antrag werde ein Förderprogramm mit exemplarischer Wirkung angeregt. Diesen Ansatz unterstütze die Fraktion DIE LINKE. Zu bedenken sei, dass Jugendkultur für die etablierte Gesellschaft mitunter schwer zu begreifen sei und an den Rand rücke. Mit einem tradierten Kunst- und Kulturbegriff werde man dem nicht gerecht. Natürlich setze sich auch die Fraktion DIE LINKE. dafür ein, dass jedes Kind die Chance habe, ein Instrument spielen zu lernen. Das ändere aber nichts daran, dass es andere künstlerische Ausdrucksformen gebe, die Jugendlichen näher seien und niedrigschwellig gefördert werden müssten. In der Vergangenheit hätten sich aus solchen Bewegungen schon neue Kunstformen entwickelt, die anschließend wie selbstverständlich in das gesellschaftliche Leben integriert worden seien. Um diese Kreativität zu fördern, seien die Vorschläge in dem vorgelegten Antrag sinnvoll. Zu ergänzen sei lediglich, dass sich Vielfalt bei den zu fördernden Projekten nicht auf die Inhalte beschränken dürfe, sondern die Methoden einschließen müsse.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, sie fordere von der Bundesregierung, sich im Stiftungsrat der KSB für ein Förderprogramm für Jugendkultur einzusetzen. Für Jugendkultur fehlten bisher spezielle Förderstrukturen. Es gehe um die künstlerische Sprache junger Menschen, die teilweise so neuartig sei, dass sie nicht als eigene Kunstform ernst genommen werde: Hip-Hop, Breakdance, Poetry-Slam, Punk oder Graffiti seien Beispiele. Gebraucht werde ein niedrigschwelliger Zugang zur aktiven künstlerischen Teilhabe. Vorkenntnisse dürften nicht vorausgesetzt werden. Bisher würden bei der Kulturförderung die etablierten Sparten bevorzugt. Erfahrungsgemäß seien Mittel für die Jugendkultur nur sehr schwer zu bekommen. Dabei gehe es nicht um hohe Summen.

Mit ihrem Antrag trete die Fraktion für eine unmittelbare Projektförderung an allen Bildungseinrichtungen inklusive Jugendzentren, vor allem in benachteiligten Stadtbezirken, ein. Zur Durchsetzung des Programms sollten die bestehenden Strukturen des Kinder- und Jugendplans genutzt werden. Gefordert werde auch eine Begleitung des Programms durch Studien, um die Wirkungen aktiver künstlerischer Betätigung von Kindern und Jugendlichen nachweisen zu können. Außerdem werde einmal im Jahr ein Jugendkulturkongress gebraucht, damit die Akteure eine Plattform fänden, ihre künstlerischen Arbeiten zu präsentieren.

Solange es keine bundesweiten Standards für die kulturelle Bildung an Schulen gebe, könne es gar nicht genug Förderinitiativen geben. Jugendkultur jenseits der etablierten Kultur brauche Stärkung. Eine Konkurrenz zu dem KSB-Programm AGENTEN werde damit nicht aufgebaut.

Berlin, den 24. Januar 2011

Thomas Strobl (Heilbronn) Berichterstatter	**Ulla Schmidt (Aachen)** Berichterstatterin	**Reiner Deutschmann** Berichterstatter
Dr. Lukrezia Jochimsen Berichterstatterin	**Agnes Krumwiede** Berichterstatterin	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333